



Bundes- tags- brief

Nr. 132 • Die Woche im Bundestag • 15.03.2013



DEUTSCHER BUNDESTAG
**Prof. Monika
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222
Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Ausbau der Stromautobahnen nimmt Konturen an

Nach aufwändiger Berechnung der Ausbauszenarien, Erarbeitung des bundesweiten Netzentwicklungsplans und Aufstellung des Bundesbedarfsplans regeln wir nun die zügige Umsetzung der notwendigen Schritte.

Wir haben das zweite Gesetz über Maßnahmen zur Beschleunigung des Ausbaus der Elektrizitätsnetze eingebracht und schaffen damit Verfahren für die beschleunigte Planung und Genehmigung der dringend erforderlichen Höchstspannungsleitungen, die vor allem den Offshore-Windstrom aus den Norden in die Verbrauchszentren im Süden und Westen transportieren sollen.

Zudem wird erstmals die Errichtung von Leitungen in Gleichstromtechnik (HGÜ) als Pilotprojekt über weite Distanzen verbindlich festgelegt. Ebenso ermöglichen wir erstmals größere Pilotprojekte zur Erdverkabelung, um Lösungen hinsichtlich Mehrkosten, Flächenverbrauch und Systemintegration zu erproben.

Bundeswirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler hat darüber hinaus in einer Regierungserklärung seine Vorstellungen für eine starke Energieinfrastruktur in Deutschland erläutert. Die Bundesregierung hat bereits viel für das Gelingen des Jahrhundertprojektes Energiewende getan, während die Opposition sich in fadenscheiniger Nörgelei überbietet, wobei sie vor Ort oft Einzelinteressen statt die Gesamtaufgabe in den Mittelpunkt rückt.

Die christlich-liberale Koalition stellt sicher, dass die Energiewende den Wirtschaftsstandort Deutschland voranbringt und als Motor für seine Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit wirkt.

Rechte von Opfern sexuellen Missbrauchs stärken

Sexueller Missbrauch vor allem an Kindern und Jugendlichen ist abscheulich und duldet keinerlei Toleranz. Die Folgen solcher Übergriffe sind dramatisch. Tiefe seelische Narben können das ganze spätere Leben prägen.

Im Strafverfahren ebenso wie im Zivilverfahren werden die Betroffenen erneut mit dem Erlebten und den Tätern konfrontiert, damit die Täter ihrer gerechten Strafe zugeführt werden können. In dieser Situation ist besonderer staatlicher Schutz und Beistand erforderlich, damit die Minderjährigen das Erlebte so gut wie möglich bewältigen können.

Mit dem Gesetz zur Stärkung der Rechte von Opfern sexuellen Missbrauchs (StORMG) greifen wir Empfehlungen des Runden Tisches gegen Kindesmissbrauch auf und gehen mit weiteren gesetzlichen Verbesserungen über diese hinaus. Zukünftig beginnt die strafrechtliche Verjährung erst mit dem 21. Lebensjahr des Opfers, auch wenn die Tat weit vorher stattfand.

Mehr Rücksichtnahme auf die minderjährigen Opfer während des Strafverfahrens erreichen wir durch die erweiterte staatliche Beordnung eines Opferanwalts und einen leichteren Ausschluss der Öffentlichkeit vom Prozess.

Mit weiteren Regelungen tragen wir dafür Sorge, dass Missbrauchsoffer durch das Verfahren nicht erneut zu Opfern werden. Im Zivilrecht verlängern wir die Verjährungsfrist für Schadensersatzansprüche gegen die Täter von bisher drei auf zukünftig dreißig Jahre.

Neben dieser Stärkung der Opfer müssen wir alles dafür tun, damit Kinder erst gar nicht zu Opfern werden. Hier sind alle gefragt. Jedes kleine Anzeichen von Missbrauch müssen wir ernst nehmen und verfolgen und gegenüber Kindern mehr Achtsamkeit entwickeln.

Darüber hinaus müssen Kinder präventiv gestärkt werden, um Gefahren selbst zu erkennen und Hilfe frühzeitig in Anspruch zu nehmen. Es wurden bereits zahlreiche Maßnahmen für den verbesserten Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Missbrauch und Gewalt ins Leben gerufen. Diesen Weg gehen wir konsequent weiter.

Kein Grund, sich zu verabschieden

Für die soziale Marktwirtschaft ist es wichtig, dass politische Akteure gemeinsam erarbeitete Reformen auch gemeinsam tragen und sich nicht bei Gegenwind von wichtigen Beschlüssen verabschieden.

Insofern ist es ein beredtes Zeichen, wie auffällig still die SPD das zehnjährige Jubiläum der „Agenda 2010“ begeht.

Wir stehen zu dieser Richtungsentscheidung und haben damals bei der Umsetzung über den Bundesrat konstruktiv mitgewirkt. Nach Regierungsübernahme haben wir sodann notwendige Feinjustierungen bei Jobcentern, Zeitarbeit und Hartz-IV-Sätzen vorgenommen. Überdies haben wir die von der SPD völlig vernachlässigten Bereiche Bildung und Teilhabe für Kinder aufgegriffen. Wenn die SPD sich jetzt Punkt um Punkt, Zug um Zug von den Reformen distanziert, zeigt sie nur eines: Sie ist der Ernsthaftigkeit der Aufgaben nicht gewachsen.

Interesse an Stasi-Akten auch 2012 ungebrochen

Insgesamt 88.231 Anträge auf persönliche Akteneinsicht gingen im Jahr 2012 beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU) ein.

Im Vergleich zum Jahr 2011 (80.611 Anträge) zeigt diese Zahl das gestiegene Interesse an einem Zugang zu den Unterlagen einer Geheimpolizei. Im Bereich der Akteneinsicht für Forschung und Medien wurden 1.430 Anträge gestellt.

Seit 1992 wurden somit 2.918.325 Anträge auf persönliche Einsicht und 27.730 Anträge auf Akteneinsicht für Forschung und Medien gestellt.

(Quelle: BStU)

Deutschland erfüllt Klimaschutzziele

Obwohl 2011 acht Atomkraftwerke vom Netz gingen, sind die Treibhausgasemissionen in Deutschland im gleichen Jahr gesunken. Gegenüber dem Vorjahr 2010 nahmen die Emissionen um 2,9% ab. Dies entspricht 27 Millionen Tonnen Kohlendioxid-Äquivalenten. Ein Bericht des Umweltbundesamtes weist aus, dass die größten Minderungen bei den Feuerungsanlagen zur Raumwärmeerzeugung erfolgten, wobei vor allem die Emissionen der privaten Haushalte sanken. Gegenüber 1990 konnten die Emissionen somit um fast 27% gemindert werden. Damit hat Deutschland sein Klimaschutzziel mehr als erfüllt: Mit der Unterzeichnung des Kyoto-Protokolls hatte Deutschland sich verpflichtet, seine Treibhausgasemissionen im Durchschnitt der Jahre 2008 bis 2012 um 21% unter das Niveau von 1990 zu senken.

(Quelle: Umweltbundesamt)

Akademisches Austauschprogramm ERASMUS schreibt Rekordzahlen

Mehr als 33.000 Studierende aus Deutschland haben im Hochschuljahr 2011/2012 mit dem ERASMUS-Programm der Europäischen Union einen Teil ihres Studiums oder ein Praktikum im europäischen Ausland absolviert.

Dies entspricht einem Anstieg von über 3.000 Studierenden im Vergleich zum Vorjahr 2011. Zudem beteiligten sich fast 4.000 deutsche Wissenschaftler sowie Hochschulangehörige im letzten Jahr an dem akademischen Austauschprogramm der Europäischen Union. Umgekehrt kamen im gleichen Jahr über 30.000 Personen von ausländischen Partneereinrichtungen mit ERASMUS an deutsche Hochschulen. Von dieser Internationalisierung der Universitäten profitieren auch die Studierenden, denen aus verschiedenen Gründen keine Auslandserfahrung möglich ist.

(Quelle: Deutscher Akademischer Austauschdienst)